

München, 23.01.2020

## Staatsregierung gegen sichere Finanzierung von Frauenhäusern

**Kein ausreichender Schutz vor Gewalt für Frauen und Kinder im Freistaat, da Staatsregierung auf Nachbesserungen verzichtet - Rückschlag für Betroffene**

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Dr. Simone Strohmayr** bedauert die Ablehnung des [Antrags](#) im heutigen Sozialausschuss, der eine sichere Finanzierung von Frauenhäusern in Bayern einfordert: „Es ist ein Rückschlag für Betroffene und Angehörige. Wir brauchen dringend eine bessere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern im Freistaat, um den nötigen Schutz von Frauen und Kindern zu gewährleisten.“ Die Ablehnung des Antrags ist für die Fraktionsvizin daher unverständlich.

Konkret wurde von der SPD-Landtagsfraktion die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs gefordert, der ein bedarfsgerechtes Beratungs- und Interventionsangebot festschreibt und eine längerfristige Finanzierung regelt.

**Doris Rauscher**, Vorsitzende des Sozialausschusses, betont: „Derzeit können Frauen und Kinder nicht ausreichend vor häuslicher Gewalt geschützt werden, denn jede zweite hilfesuchende Frau findet keinen Platz in einem Frauenhaus. Darüber hinaus sind die Mitarbeiterinnen überlastet und überfordert. Mit einer gesetzlichen Regelung würde der Druck erhöht werden, die geforderten Nachbesserungen vorzunehmen. Ein unnötiges Leiden der Betroffenen könnte somit endlich beendet werden.“

Laut einer Studie des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) werden eine Million Frauen in Bayern im Laufe ihres Lebens einmal Opfer sexueller Gewalt. Davon sind 140.000 Frauen pro Jahr von sexueller oder körperlicher Gewalt betroffen, 90.000 werden schwer misshandelt.

### Material:

[Antrag Frauenhäuser \(PDF, 265 kB\)](#)